

## Baltisch-adriatische-Achse

Zwanzig Regionen aus fünf Staaten zwischen Italien und Polen treten gemeinsam für die Aufwertung des Schienenverkehrs zwischen Ostsee und Adria ein. Den Auftakt bildete Anfang Oktober 2009 eine Präsentation im Europaparlament, die das Steiermark-Büro Brüssel gemeinsam mit Partnerregionen organisiert hatte. Am 10. November folgt eine Informationsveranstaltung über die „Transeuropäischen Netze“ (TEN) mit Experten von Land, Bund und EU in der Arbeiterkammer Steiermark in Graz. Und für 2010 ist der Verkehrs-Ausschuss des Europaparlaments zu einem Lokalaugenschein in die Steiermark eingeladen.

**G**emeinsames Ziel ist die „konsequente und rasche Umsetzung des Baltisch-Adriatischen Korridors zwischen Danzig und Bologna. „Der Ausbau der Verkehrs-Infrastruktur ist eine Voraussetzung für bessere Wettbewerbschancen unserer Wirtschaft und auch ein Beitrag zur Verkehrssicherheit, zum Klimaschutz sowie für das Zusammenwachsen des neuen Europa“, erklärte Landeshauptmann Franz Voves, der gemeinsam mit Verkehrslandesrätin Kristina Edlinger-Ploder die Steiermark in Brüssel vertrat. Es geht darum, dass die Europäische Union die sogenannte „Priorität 23“ der Transeuropäischen Verkehrsnetze – sie umfasst derzeit die Strecke Danzig-Wien – bis zur Adria verlängert. Mit dem Semmering- und dem Koralmtunnel sind davon zwei wichtige Schlüsselprojekte betroffen, wo mögliche EU-Unterstützungen verdoppelt werden könnten.



Steirer treten in Brüssel geschlossen auf: Mit Landeshauptmann Franz Voves und Landesrätin Kristina Edlinger-Ploder sowie den Europaparlamentariern Hella Ranner und Jörg Leichtfried treten auch Abgeordnete aus dem Landtag Steiermark für die „Baltisch-Adriatische Achse“ ein: Karl Petinger (ganz links), sowie Josef Straßberger, Franz Majcen und Erich Prattes (von rechts) in Brüssel.

Dazu bestehen durchaus Chancen. So hob EU-Verkehrskommissar Antonio Tajani - ein Italiener - die Bedeutung dieser Verkehrsachse zwischen Italien und Polen hervor und sagte seine Unterstützung zu. Ebenso Brian Simpson, der Chef des EP-Verkehrsausschusses, dem die beiden steirischen Abgeordneten Hella Ranner und Jörg Leichtfried angehören. Entsprechend groß der Andrang bei der Veranstaltung: Acht regionale Regierungs-Chefs - also Landeshauptleute, italienische Regions-Präsidenten wie polnische Marschälle - sowie mehr als 30 Europa-Parlamentarier und rund 250 Experten nahmen an der Präsentation teil.

Die so genannte „Landbrücke“ zwischen Ostsee und Adria umfasst insgesamt rund 1.700 km. Die Industrie (Obersteiermark, Graz und Kärnten) hat hier ungefähr dieselbe Wirtschaftskraft wie jene entlang der Westbahn zwischen Wien und Salzburg.





## Neue Chancen durch Makro-Region Alpen-Adria

Ludwig Rader,  
Leiter der Fachabteilung Europa und Außenbeziehungen.

Foto: Land Steiermark

Europa wächst zusammen und die nationalstaatlichen Grenzen spielen dabei immer weniger Rolle. In den engsten Zirkeln der Union ist die Debatte um die Neustrukturierung der Regionalpolitik (also das, was die Bürger im Regelfall unter „EU-Förderung“ verstehen) schon längst im Gange.

Die Europäische Entwicklung geht offensichtlich in Richtung von Makroregionen, die gemeinsame Probleme bewältigen sollen über alle nationalen Grenzen hinweg, wie die Diskussion um die „Baltic Sea Strategy“ Mitte September in Stockholm oder die „Donaustrategie“ in der kürzlichen AdR (Ausschuss der Regionen)-Vollversammlung zeigt.

Das könnte auch eine Chance für den Alpen-Adria-Pannonia Raum sein. Die Arbeitsgemeinschaft Alpen Adria hat in der Zeit vor dem Fall des Eisernen Vorhangs eine wichtige Aufgabe gehabt, die sich mit dem Beitritt der meisten Mitglieder in die EU deutlich verändert hat. „Großregionen bieten eine Möglichkeit, besser Europäische Mittel einzusetzen, weil sie die Bedürfnisse des Raumes berücksichtigen und damit die Chance, Europa näher zum Bürger zu bringen“, war der Grundtenor bei den Konferenzen. Daher könnten sich aus diesen „Regions-Strategien“ eigene EU-Programmschienen (derzeit „Alpenraum“, „Central-Europe“ und „South-East Europe“) entwickeln, die von den Makroregionen selbst verwaltet werden könnten.

Auch für den Alpen-Adria-Pannonia Raum einschließlich des Balkans sollte eine solche Strategie politisch verlangt werden mit dem Ziel, ein eigenes Programm zu bekommen. Einunddreißig Jahre gemeinsame Arbeit in der Arbeitsgemeinschaft sollte es eigentlich möglich machen, rasch die erforderlichen Reformen voranzutreiben.



Gemeinden wollen EU-Förderungen nutzen: Enormes Interesse herrschte bei der Auftaktveranstaltung im Februar in Graz. Richard Kühnel (5. v.r.) freute sich als Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich über die „doppelte Chance mit dem Projekt den Europagedanken in die Gemeinden hineinzutragen und gleichzeitig in wirtschaftlich schwierigen Zeiten finanzielle Impulse für die Kommunen zu schaffen.“

# Gemeinde als Partner

**Wie können Gemeinden EU-Förderungen nützen und so ihre Bürgerinnen und Bürger das geeinte Europa besser erleben lassen? Dieses Thema stand im Mittelpunkt einer Workshop-Serie, die nun mit einer stolzen Bilanz abschloss: Mehr als 300 Mandatare und Verantwortungsträger aus der ganzen Steiermark haben teilgenommen.**

Die Veranstaltungsserie, die – österreichweit einzigartig – im Rahmen des Programms „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ zu 80 Prozent von der Europäischen Union co-finanziert wurde, hatten Gemeinde- und Städtebund sowie „europe direct“-Steiermark organisiert. Acht Workshops boten geballte Information über EU-Fördermöglichkeiten für Gemeinden. „Dass wir mit dieser Veranstaltungsreihe rund 40 Gemeindevertreter je Workshop erreicht haben, ist als großer Erfolg zu werten“, resümiert Martin Ozimic, Landesgeschäftsführer des steirischen Gemeindebundes. Zudem standen Experten und EU-Parlamentarier zur – oft kontroversen – Diskussion über die Zukunft der Gemeinden in Europa bereit. In diesen Gesprächen mit Multiplikatoren sieht Ludwig Rader, Leiter der Fachabteilung für Europa und Außenbeziehungen, einen Erfolg: „Ein kritischer Dialog über Europa mit jenen, die es tatsächlich betrifft, ist wünschenswert. Um ein Europa der Bürger zu werden, müssen wir die Nähe der

Bürger suchen und auf deren Anregungen eingehen.“ Stefan Hoflehner, Landesgeschäftsführer des steirischen Städtebundes: „Allen Erfolgen zum Trotz, stehen viele Menschen der europäischen Einigung eher skeptisch gegenüber. Gemeinsame Workshop-Serien tragen dazu bei, die Kluft zwischen der Europäischen Union und den Menschen zu überbrücken.“ „Partnerschaften zwischen Gemeinden sind ein wichtiger Beitrag für ein Europa des kulturellen Miteinanders“, zieht „europe direct“ Steiermark-Leiterin Heidi Zikulnig ihre Bilanz. „Wir sind natürlich auch gerne bei der Antragstellung für gemeinsame Projekte von steirischen Gemeinden mit ihren Partnergemeinden behilflich“, so Zikulnig. Michael Slama vom Gemeindebund zieht eine erste Erfolgsbilanz: „Neue Projekte, etwa von Bad Blumau, Weiz und Preding sind ausgearbeitet, weitere Gemeinden wollen 2010 Förderanträge stellen.“

Gernot Walter

[gemeindeparterschaften.steiermark.at](http://gemeindeparterschaften.steiermark.at)

# Steiermark in Niederschlesien

Mit drei Tagen Lyrik, Jazz, Fotokunst und auch mit kulinarischen Köstlichkeiten präsentierte sich die Steiermark Anfang Oktober im Rahmen der Partnerschaft mit Polens Woiwodschaft Niederschlesien.

Im Programm: Zwei Konzerte von Ángela Tröndle & Mosaik, Workshops und Lesung im Rahmen von „LICHTUNGEN“ sowie die Grazer Foto-Ausstellung „kontra.punkte“. Am Breslauer Öko-markt präsentiert die „Arge Meister“ steirische Köstlichkeiten. Die „Steirischen Tage“ werden von Land Steiermark durch die Fachabteilung Europa und Außenbeziehungen gemeinsam mit „Kulturservice Steiermark“ und „Steiermark-Tourismus“ organisiert. 2007 fanden Niederschlesische Tage in Graz statt.



Landtags-Abgeordneter Erich Prattes (am Foto links) führte als Europa-Ausschussvorsitzender eine Delegation nach Niederschlesien und eröffnete die Steiermark-Tage in Breslau und Bunzlau und fand rasch einen guten Kontakt zu seinem niederschlesischen Amtskollegen, dem aus Nigeria eingewanderten Abgeordneten des Regionalparlaments in Breslau, Ali Jean Eric Alira (2.v.r). Als Honorarkonsul Polens freute sich der LAD i.R. HR. Dr. Gerold Ortner, mit seiner charmanten Gattin Steffi über den kulturellen Anlass in seine „neue Heimat“ zu reisen (am Foto rechts) und auch die Veranstaltungen fotografisch zu dokumentieren.



Eine Lesung von „LICHTUNGEN“ rundete das Programm ab. Foto: Ortner



Ángela Tröndle & Mosaik sorgten im Jazz-Club für tolle Stimmung Foto: Ortner

## Enge Zusammenarbeit auch in Projekten

Die Steiermark und Niederschlesien haben eine enge und fruchtbare Zusammenarbeit aufgebaut, die sich auch in gemeinsamen Projekten auswirkt: So wurden in den vergangenen Jahren regelmäßig einzelne Projekte aus den Bereichen IT, Euro 2012 sowie auch Schulpartnerschaften mit der Steiermark diskutiert. Darüber hinaus ist das Land Steiermark beim Projekt „P4G“ („Partnership for Good“) beteiligt, wo gemeinsam mit den anderen Projektpartnern Baskenland, Elsass, Emilia Romana, Kirovograd und West-Midlands Erfahrungen ausgetauscht werden. Das Projekt wird aus dem so genannten „Norwegischen EU-Finanzierungsmechanismus“ unterstützt. Die Steiermark ist Ansprechpartner für Fragen zur Landwirtschaft. Ende April 2009 kam eine Delegation aus Breslau in die Steiermark, um sich die Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte und steirische Bio-Betriebe anzuschauen. Bereits im Vorjahr kam eine Delegation aus Kirovograd nach Graz, Mitte November wird eine Beamten-Delegation unter Führung von HR Mag. Ludwig Rader in die Ukraine reisen.



Am Breslauer Bauernmarkt fanden Steiermark-Spezialitäten guten Absatz. Foto: Ortner

## EU-Hilfe für Auto-Arbeiter

Die Steiermark gehört zu den ersten Regionen, die von der seit Juli geltenden Neuregelung der Unterstützungen des EU-Globalisierungsfonds (EGF) profitieren konnten: Ende Oktober gab die EU-Kommission „grünes Licht“ für 5,7 Millionen Euro.

Der Antrag muss noch vom Europäischen Parlament und vom Rat bewilligt werden. In der Steiermark haben heuer neun Hersteller von Kraftfahrzeugen, Anhängern und Sattelanhängern den Abbau von 744 Beschäftigten gemeldet, nachdem die Verkaufszahlen – bedingt durch die Finanz- und Wirtschaftskrise – rapid gesunken waren. „Diese Entlassungen haben große Auswirkungen auf die Wirtschaft, da der Automobilbereich in der Steiermark 7,5 Prozent des Beschäftigungsvolumens ausmacht; für Gesamtösterreich liegt dieser Satz bei 1,4 Prozent“, heißt es in einer Information der EU-Kommission.

Von den Entlassenen haben 400 größte Schwierigkeiten, wieder eine Beschäftigung zu finden. Das Hilfspaket umfasst die Arbeitssuche, Bestandsaufnahmen, kurz- und langfristige Berufsorientierung, individuelle Betreuung, individuelle Qualifikationsmaßnahmen sowie Zuschüsse zu Teilnahme- und Lebenshaltungskosten. Bislang gingen beim EGF 33 Anträge über insgesamt mehr als 157 Mio. EUR zur Unterstützung von über 40.000 Arbeitnehmern ein. Der Antrag der Steiermark ist der achte aus der Automobilindustrie. Weitere Anträge betreffen die Textilbranche, das Baugewerbe sowie die Sektoren elektrische Ausrüstungen, Maschinen- und Anlagenbau, Computer, Mobiltelefone, Kristallglas, Möbel, Haushaltsgeräte, keramische Waren, Konstruktionsteile und Flugzeugwartung.

## Erfahrungsaustausch zwischen Regionen

Die Entscheidung war bereits Anfang Oktober erhofft worden, als Landeshauptmann Mag. Franz Voves in Brüssel an der Konferenz der vom EU-Ausschuss der Regionen (AdR) eingerichteten „Intergroup Automotive Crisis“ teilnahm und mit seinem aus Birmingham stammenden AdR-Kollegen Sir Albert Bore zu einem Erfahrungsaustausch zusammentraf: In der britischen Region West-Midlands – entfielen wegen der sukzessiven Schließung der Rover-Werke seit dem Jahr 2000 – mehr als 20.000 Arbeitsplätze.



Foto: Land Steiermark/„europe direct“

EU-GO heißt das Schlagwort für das neue E-Government, das für Dienstleistungserbringer ab 28. Dezember in allen 27 EU-Staaten Vereinbarungen in Behörden-Verfahren bringt. In der Steiermark gehen die Vorbereitungen für diesen neuen Internet-One-Stop-Shop nun in die Schlussphase.

## EU-GO: Dienstleistungsrichtlinie

**EU-weites E-Government und Verwaltungsvereinfachung. Das ist das Prinzip der Dienstleistungsrichtlinie, die am 28. Dezember in den 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union umgesetzt sein muss. Studien zufolge werden heimische Unternehmen wegen ihrer starken Export-Orientierung zu den Haupt-Nutznießern zählen. „Einheitliche Ansprechpartner“ (EAP) bei Behörden, die in Österreich von den Ländern gestellt werden, sollen gemeinsam mit Internet-Portalen und einer EU-weiten Behörden-Vernetzung deutliche Vereinfachungen bringen.**

**V**orweg: Dank der guten Vorarbeit der Länder könnte die rechtzeitige Umsetzung erfolgen, obwohl die erforderlichen Sammelgesetze vom Nationalrat erst ab 1. Dezember beraten werden. Neben dem österreichischen Dienstleistungsgesetz und den Änderungen auf Landesebene wird – absolut neu – das IMI-Gesetz in Kraft treten. Diese Abkürzung steht für Internal Market Information System. Das ist eine einheitliche EU-Plattform, wo länderübergreifend (wie etwa im Schengen-Informationssystem) Informationen zwischen Behörden unterschiedlicher EU-Staaten – etwa über Gewerbeberechtigungen, Qualifikationsnachweise oder Strafregisterauszüge ausgetauscht werden können.

Was heißt das für die Steiermark, wo Dr. Gerhard Neuhold von der Abteilung Wirtschaft und Innovation als so genannter Einheitlicher Ansprechpartner vorgesehen ist?

Nach außen sichtbar wird ein Internet-Portal (voraussichtlich [eap.steiermark.gv.at](http://eap.steiermark.gv.at)) eingerichtet, wo Dienstleister die Informationen zu rund 300 verschiedenen Behörden-Verfahren erhalten, die sie auch elektronisch abwickeln können, ohne sich an eine Vielzahl von Verwaltungsstellen zu wenden. Davon profitieren natürlich auch Inländer. Gemäß der Richtlinie müssen die Mitgliedsstaaten die Verfahren und Formalitäten vereinfachen und ungerechtfertigte bzw. unverhältnismäßige Auflagen beseitigen, um

- dauerhafte Niederlassungen von Unternehmen in einem Mitgliedstaat
- die grenzüberschreitende Erbringung von Dienstleistungen

erheblich zu erleichtern. Die Dienstleistungsrichtlinie stärkt auch die Rechte von Dienstleistungsempfängern, die sowohl Verbraucher als auch Unternehmen sein können. Sie verbietet diskriminierende, auf der Staatsangehörigkeit oder dem Wohnsitz des Dienstleistungsempfängers beruhende Bedingungen wie zum Beispiel diskriminierende Tarife. Außerdem legt sie Maßnahmen fest, mit denen die hohe Qualität der Dienstleistungen gefördert und Information sowie Transparenz in Bezug auf Dienstleistungserbringer erhöht werden. Mehr zur Internet-Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie am österreichischen Reference-Server für E-Government:

[reference.e-government.gv.at](http://reference.e-government.gv.at)

### Was regelt die Dienstleistungsrichtlinie?

Dienstleistungen für Privatpersonen und Unternehmen. Dazu zählen:

- Handel
- die meisten freien Berufe wie Rechts- und Steuerberater, Architekten, Ingenieure, Wirtschaftsprüfer, Vermessungsingenieure
- Bau- und Handwerksdienstleistungen
- Unternehmensberatung, Veranstaltungsorganisation, Inkassodienste, Werbung und Personalbeschaffung
- Tourismusdienste und Freizeitbereich wie Reisebüros, Sportzentren und Freizeitparks
- Geräteinstallation und -wartung
- Informationsdienstleistungen wie Internet-Portale, Nachrichtenagenturen, Computerprogrammierung
- Hotels, Restaurants und Catering
- Aus- und Weiterbildungsangebote
- Vermietung und Leasing
- Immobilienwesen
- Persönliche Dienste wie Reinigungskräfte, Gärtner und private Kinderbetreuung

Die Dienstleistungsrichtlinie gilt nicht für folgende Dienstleistungen, die ausdrücklich ausgenommen sind:

- Finanzdienstleistungen
- elektronische Kommunikationsdienste
- bestimmte Verkehrsdienstleistungen,
- Ärzte, Notare, Gerichtsvollzieher
- Leiharbeitssagenturen
- private Sicherheitsdienste
- audiovisuelle Dienstleistungen
- Glücksspielaktivitäten
- staatliche soziale Dienstleistungen

### Impressum

#### Eigentümer und Herausgeber:

Amt der Steiermärkischen Landesregierung,  
Fachabteilung Europa und Außenbeziehungen

„europe direct“-Informationsnetzwerk des Landes Steiermark

Burgring 4, 8010 Graz

[fa1e@stmk.gv.at](mailto:fa1e@stmk.gv.at)

**Redaktion:** Johannes Steinbach

**Fotos:** Land Steiermark

**Druck:** MSS Digitaldruck GmbH, Kalsdorf bei Graz

**Erscheinungsort:**

Graz

Hergestellt auf chlorfrei gebleichtem Papier

